



Ausschuss für Kommunalpolitik

33. Sitzung (öffentlich)

5. Juli 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:35 Uhr bis 12:15 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| bestätigt der Ausschuss die Tagesordnung gemäß Einladung
E 16/369 – 2. Neudruck. | |
| 1 Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes | 8 |
| Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2722 | |
| Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der PIRATEN und Nichtbeteiligung der FDP angenommen. | |

2 Direkte Demokratie muss bürgerfreundlich und rechtssicher sein! 10

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2116

Ausschussprotokoll 16/267

Sodann lehnt der Ausschuss den Antrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN bei Enthaltung der CDU ab.

3 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz und dem Bundeskindergeldgesetz 13

Vorlage 16/921

Die erforderliche Anhörung des Ausschusses ist ohne Aussprache bei Kenntnisnahme der Vorlage erfolgt.

4 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften mit Beteiligung des Landtags im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales 14

Vorlage 16/957

Mit der Behandlung der Vorlage im Ausschuss ist die erforderliche Anhörung erfolgt.

5 Kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger 15

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3244

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion der PIRATEN überein, eine Anhörung zu dem Thema in pflichtiger Besetzung durchzuführen; Einzelheiten sollen nach der Sommerpause festgelegt werden.

6 Bilanz für die Familie. Gute Rahmenbedingungen für ein familienfreundliches NRW – Familienförderung evaluieren und wirksamer gestalten 16

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2118

Der Ausschuss kommt überein, zunächst den weiteren Beratungsfahrplan des federführenden Ausschusses abzuwarten.

7 Kinder kennen keine Grenzen – Erleichterungen für die Inanspruchnahme von gemeindefremden Kindertagesbetreuungsangeboten auf den Weg bringen 17

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2622

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

8 Gesetz zur Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit im Land Nordrhein-Westfalen 18

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3248

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung pflichtig zu beteiligen.

9 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Flurbereinigungs-gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2977

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von PIRATEN und CDU an.

- 10 Landesregierung darf Kommunen bei Konversion und Strukturwandel nicht im Regen stehen lassen – Nordrhein-Westfalen braucht landesweites Programm für Konversion und Strukturwandel aus Mitteln der Europäischen Union!** **20**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3205

Der Ausschuss beabsichtigt, pflichtig an der Anhörung teilzunehmen; dies wird dem federführenden AWEIMH mitgeteilt.

- 11 Achtung! YES, WE SCAN!
Bürger in NRW vor PRISM und anderen Überwachungsprogrammen schützen!** **21**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3249

Der Ausschuss will zunächst das weitere Beratungsverfahren des federführenden Innenausschusses abwarten und dann über die Beteiligung am weiteren Beratungsverfahren befinden.

- 12 Trödelmärkte in der Kommune** **23**

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 16/985

- 13 Einigung bei der Abrechnung der Einheitslasten – Auswirkungen für die Kommunen sowie Auswirkungen durch den Beschluss über die Flutopferhilfe für die Kommunen** **24**

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 16/981

Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

14 Verschiedenes 25**14.1 Terminplan 2014 25**

Der Ausschuss stimmt dem vorliegenden Terminplan für 2014 – siehe Anlage zu TOP 14.1 – zu.

14.2 Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge 25

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2124

14.3 Kommunen fair behandeln – NRW braucht eine verlässliche und transparente Informationsgrundlage zum kommunalen Finanzausgleich 25

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2883

14.4 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und zur Änderung kommunalerfassungsrechtlicher Vorschriften 25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3387

Der Ausschuss kommt überein, nach der voraussichtlichen Überweisung des Gesetzentwurfes durch das Plenum an den AKo im schriftlichen Verfahren eine Anhörung der kommunalen Spitzenverbände und der kommunalpolitischen Vereinigung der Parteien durchzuführen.